

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/82

Bonn, den 4. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Das zweite Wohngeldgesetz - eine notwendige Reform</u>	89
	Am 30. April 1970 hat die Bundesregierung den Entwurf eines zweiten Wohngeldgesetzes verabschiedet Von Dr. Lauritz Lauritzen, Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	
2a	<u>Saubere Freunderln</u>	27
	Von Dr. Günther Müller, MdB	
3 - 4	<u>Opposition um der Opposition willen?</u>	81
	Verantwortungslosigkeit der C-Parteien	
5 - 6	<u>Wettlauf zur Mitte</u>	63
	Politisches Frühlingserwachen an der Seine Von Georg Scheuer, Paris	

Das zweite Wohngeldgesetz - eine notwendige Reform

Am 30. April 1970 hat die Bundesregierung den Entwurf eines zweiten Wohngeldgesetzes verabschiedet

Von Dr. Lauritz Lauritzen,
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen

Nach dem Städtebauförderungsgesetz steht damit ein zweites Reformgesetz aus dem Bereich Städtebau und Wohnungswesen vor der parlamentarischen Beratung und Verabschiedung.

Die Grundidee des Wohngeldes bleibt es sicherzustellen, daß jede Familie und jeder Bürger eine angemessene Wohnung zu einer erschwinglichen Miete oder Belastung frei wählen kann. Fünf Jahre Erfahrungen mit dem noch geltenden Wohngeldgesetz haben jedoch gezeigt, daß zahlreiche Unebenheiten und Härten die Verwirklichung dieser Grundidee behindern.

Darüber hinaus sind aufgrund der Einkommensentwicklung viele Haushalte aus der Wohngeldförderung ausgeschieden, die aufgrund der Mietentwicklung, wie sie sich nach Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung durch die CDU/CSU ergeben hat, unbedingt auf den Bezug von Wohngeld angewiesen sind.

Der neue Entwurf paßt daher die Bestimmungen des Wohngeldes unter stärkerer Betonung der Grundidee an die seit 1965 veränderten Verhältnisse an. Weiter geht es darum, die Bestimmungen auch für den Bürger selbst verständlich zu machen und ein unbürokratisches und schnelles Verwaltungsverfahren zu schaffen.

Der Entwurf enthält daher gegenüber dem geltenden Recht im wesentlichen folgende Verbesserungen:

1. Die Einkommensgrenze wird für den Alleinstehenden von 750 auf 800 DM, der Steigerungsbetrag für jedes Familienmitglied von 150 auf 200 DM erhöht. Damit erhöht sich bei einer vierköpfigen Familie die Einkommensgrenze von 1.200 auf 1.400 DM.
2. Der allgemeine Freibetrag wird von 15 auf 20 v.H. erhöht.
3. Die zuschufähige Miete und Belastung wird erhöht. Anstelle der benötigten Wohnfläche und der Obergrenzen treten absolute Höchstbeträge. Diese Höchstbeträge errechnen sich aus größeren Wohnflächen und höheren Obergrenzen. Damit ist eine Abkehr von der starren Flächenbegrenzung verbunden, so daß der Einzelne im Rahmen des Höchstbetrages seine individuellen Wohnwünsche

besser befriedigen kann.

Außerdem sind Verbesserungen für Wohnungen mit Sammelheizung und Bad sowie für Wohnungen in Millionenstädten vorgesehen. Das Wohngeld wird durch diesen Entwurf im Schnitt wesentlich höher liegen. So erhält z.B. ein Wohngeldempfänger in einer Großstadt:

	angenommenes monatl. Brutto- Einkommen:	angenommene monatl. Miete	Wohngeld nach gelten- dem Recht	nach dem Entwurf
als Allein- stehender	DM 350	DM 120	DM 60,50	DM 68
mit 3 Familien- mitgliedern	DM 650	DM 200	DM 85,50	DM 105
mit 5 Familien- mitgliedern	DM 950	DM 275	DM 121,50	DM 144
mit 7 Familien- mitgliedern	DM 1.150	DM 300	DM 183,50	DM 188

Der neue Entwurf begnügt sich jedoch nicht damit, die Leistungen nach dem Wohngeldgesetz zu verbessern, sondern das Verfahren wird vereinfacht, verbilligt und beschleunigt.

1. Einige Versagungsgründe entfallen, die Vorschriften über die Einkommensermittlung werden gestrafft, die Verfahrensvorschriften weitgehend zusammengefaßt. Die Zahl der Paragraphen verringert sich von 53 auf 40.

2. Die Einkommensermittlung wird durch stärker pauschaliert und konkretisiert absetzbare Beträge erleichtert.

3. Die Einführung von Höchstbeträgen für die zu berücksichtigende Miete und Belastung macht Vorschriften über die benötigte Wohnfläche und die Wohnflächenberechnung entbehrlich, erspart zeitraubende Ermittlungen und verringert die Zahl der Rechenvorgänge.

4. Das Wohngeld wird künftig aus Tabellen abgelesen. Die Tabellen ersparen mehrere Vorschriften (über die tragbare Miete und Belastung, über eine Interessenquote, über Freibeträge für Empfänger niedriger Einkommen, über die Aufrundung des Wohngeldes) und Rechenvorgänge. Sie verringern die Fehlerquellen, machen das Gesetz verständlicher und erleichtern seine Anwendung. Die Beratung der Wohngeldinteressenten wird in Zukunft einfacher, da die Interessenten sich selbst aus den Tabellen über die Höhe ihres Wohngeldes orientieren können. Die Auszahlung wird beschleunigt.

5. Die Erfordernisse der elektronischen Datenverwendung werden angemessen berücksichtigt.

Die Bundesregierung hat nicht nur einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt. In der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes sind auch die für die Verbesserungen erforderlichen Mittel bereitgestellt. 1971 sind bereits Mehrmittel von 180 Mio DM vorgesehen, zu denen ein gleich hoher Betrag der Länder kommt. Insgesamt wird der Finanzaufwand für das Wohngeld 1971 rund 1,32 Mrd. DM betragen. - Die gesicherte Finanzierung und die von den Koalitionsparteien erkannte Dringlichkeit von Maßnahmen für eine bessere Wohnversorgung der Bevölkerung geben mir daher den Mut zu der Prophezeiung, daß das zweite Wohngeldgesetz am 1. Januar 1971 in Kraft treten wird.

Saubere Freunderl

Von Dr. Günther Müller, MdB

Schon seit Wochen sorgen die mehr oder minder prominenten Mitglieder der Freundeskreise der CSU für Schlagzeilen. Das buntschillernde Bild dieser Freundeskreise wurde vor Wochen durch einen neuen Farbtupfer endgültig in den Bereich der pop-art verwiesen. Branko Jelic, seit einiger Zeit deutscher Staatsangehöriger, Mitglied der CDU und Mitbegründer eines CSU-Freundeskreises, zugleich Führer der Kroatischen Nationalisten, hat in dem von ihm redigierten Emigrantenblatt "Hrvatska Brzava" einen Aufsatz veröffentlicht, der seinen und seiner Freunde immer wieder betonte "Anti-Kommunismus" im Zwielicht erscheinen läßt.

Jelic's fanatische anti-jugoslawische Einstellung geht soweit, daß er um den Preis der Zerschlagung Jugoslawiens selbst mit den Sowjets "packeln" will. In seinem Aufsatz vertritt er die Meinung, daß Jugoslawien dem sowjetischen außenpolitischen Konflikt auf dem Balkan im Wege steht, und daß sich deshalb eine Chance einer Kooperation zwischen Moskau und den kroatischen Nationalisten ergebe. Angeblich soll der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident Nowikow in einem vertraulichen Gespräch in Berlin sein Interesse an der Entstehung eines neutralen kroatischen Staates bekundet haben.

Jelic rechnet mit einem Rückzug der Vereinigten Staaten vom europäischen Kontinent und mit der Verschärfung des Konflikts zwischen Moskau und Peking. In einer solchen Situation sieht er die Chance eines neutralen Kroatiens, das einen ähnlichen Status wie Finnland haben könnte. Der Präsident des kroatischen Nationalkomitees und Mitbegründer eines CSU-Freundeskreises glaubt, daß dies zweifellos auch von sowjetischem strategischem Interesse sei.

Ob auch die CSU-Freundeskreise von sowjetischem Interesse sind?

+ + +

Opposition um der Opposition willen?

Verantwortungslosigkeit der C-Parteien

D.N. - Endlich möchte sich die Oppositions-Union im Deutschen Bundestag "ein Bild von der tatsächlichen konjunkturellen Lage machen". So jedenfalls erklärt ihr Fraktionssprecher Dr. Müller-Hermann zur Begründung einer großen Anfrage die Absicht seiner Fraktion. Eine merkwürdige Verfahrensweise. Nachdem die Oppositionssprecher wochenlang der Regierung unterstellten, ihre wirtschaftspolitischen Handlungen seien konjunkturwidrig, was die Konjunkturlage in der Bundesrepublik angeblich eindeutig beweise, so will sie jetzt sich erst einmal von der Regierung die Unterlagen geben lassen, um sich "ein Bild von der tatsächlichen konjunkturellen Lage" machen zu können! Ein typisches Beispiel, wie verantwortungslos seither auch auf diesem Gebiet Opposition um der Opposition willen getrieben wurde, ohne Rücksicht auf die Reflektionen, die eine grundlose Panikmache in der Bevölkerung auslösen könnten.

Wer aber glaubt, die große Anfrage der Oppositions-Union zur Konjunktur- und Wirtschaftspolitik sei der Anfang eines neuen, sachlichen Oppositionsstils, der hat sich geirrt. Auch dieses Pamphlet wurde mit den unverkennbaren Krokodillstränen Dr. Rainer Barzels geschrieben und nicht mit der klaren Tinte der Aufrichtigkeit.

Daß die Entwicklung der Erzeugerpreise industrieller Produkte zwangsläufig zu einer zusätzlichen Verteuerung der Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte führen muß, weiß die Regierung schon lange. Wenn ihre konjunkturdämpfenden Maßnahmen auf diesem Gebiet aber wirksam werden, dann sind es eben jene Kreise der Oppositions-Union, die in der Öffentlichkeit das Gespenst der Rezession und der Arbeitslosigkeit an die Wand malen. Wenn das Wirtschaftsinstitut der deutschen Arbeitgeberverbände dieser Tage in einer Veröffentlichung darauf hinwies, daß der Lohnkostenanteil an den industriellen Erzeugerpreisen pro Hundert DM Umsatz von 26,43 DM 1966 auf 24,30 DM im Jahre 1970 zurückgegangen ist, dann bedarf es doch keines weiteren Beweises, was zur Preissteigerung in diesem Sektor geführt hat. Die Lohnsteigerungen, nach denen mit bekannter Scheinheiligkeit gefragt wird, auf jeden Fall nicht.

Die C-Parteien fragen die Bundesregierung, was sie mit etwaigen Steuermehreinnahmen, die über das erwartete Maß hinausgehen, zu tun gedenken. Natürlich so, wie in dem I. Quartal 1970: Zur Abdeckung der Schulden, die von den christlichdemokratischen Vorgängerregierungen Willy Brandts gemacht wurden. Und wenn die Oppositions-Union es nochmals hören will, warum Bundesfinanzminister Alex Möller im I. Quartal 1970 8,3 v.H. mehr ausgeben mußte als im Vergleichsabschnitt des Vorjahres, dann muß es eben nochmals wiederholt werden, für alle die, die es nicht hören wollten: Um Maßnahmen zu finanzieren, die von der CDU/CSU im vergangenen Bundestag beschlossen wurden, und die erst jetzt wirksam werden.

Aber Vorausschau über die Auswirkungen spektakulärer Ausschuß- und Bundestagsbeschlüsse war noch nie die Stärke dieser Fraktion.

Daran haben auch sieben Monate Opposition nichts geändert. Im Gegenteil. Gerade in den letzten Wochen zeigte sich, wie doppe-
lzüngig sich diese Ignoranz darstellt. Vor der Öffentlichkeit
klagt der eine Oppositionsredner die Regierung an, sie verstoße
mit ihrer Haushaltsführung gegen die Grundsätze einer konjunk-
turgerechten Ausgabenpolitik und der andere fordert mehr Geld
für diese oder jene Interessentengruppe. Allein die Anträge
der Oppositions-Union in verschiedenen Ausschüssen des Bundes-
tages würden zusammengefaßt das gegenwärtige Haushaltsvolumen
dieses zur Beratung anstehenden Etats um mehr als 100 Millio-
nen DM ausweiten. Die Aufhebungen von Haushaltssperren, die
im Interesse einer konjunkturgerechten Haushaltsführung von
der Bundesregierung getroffen wurden, und gegen die mehrfach
von Oppositionspolitikern in den Ausschüssen angegangen wurde,
würden insgesamt rund eine Milliarde DM zusätzlich freisetzen.

So sieht das konjunkturgerechte Verhalten der Oppositions-
Union in der Praxis aus! Es hilft auch wenig, wenn die Fraktions-
spitze der Union der Bundesregierung vorwirft, sie übe zu gerin-
gen Einfluß auf die Landes- und Kommunalausgaben aus. Wer rühmt
sich denn damit, daß mehr als die Hälfte aller Bundesländer von
CDU/CSU-Regierungen bestimmt werden? Daß die Zahl der kommunalen
Parlamente mit CDU/CSU-Mehrheiten richtungweisend sei? Die Op-
positions-Union kann doch nicht im Ernst glauben, daß es in den
Reihen ernsthafter Politiker Leute gibt, die ihr abnehmen, daß
sie keine Ahnung haben, daß die Bundesregierung gesetzlich kei-
nen nennenswerten Einfluß auf die Haushaltspolitik der Kommunen
und Länder ausüben kann.

Die Opposition will offensichtlich von ihren Sünden der
Vergangenheit, die zu der gegenwärtigen von der neuen Koalition
Brandt/Scheel zu überwindenden wirtschaftlichen Situation ge-
führt haben, ablenken. Eine Partei, die auf Bundesebene nichts
mehr zu verlieren hat, mag das als taugliches Mittel ansehen,
wenn sie mit unbegründeter Polemik Opposition treibt. Das ist
ihre Sache. Für die Wirtschaft und die Bevölkerung der Bundes-
republik ist eine solche Politik jedoch unverantwortlich.

+ + +

Wettlauf zur Mitte

Politisches Frühlingserwachen an der Seine

Von Georg Scheuer, Paris

Der Schwung, mit dem Jean-Jacques Servan-Schreiber (JJ-SS) als Chef der liberalen Neo-Radikalen die Kräfte der demokratischen Linken und Mitte neubelebt, bereitet den verantwortlichen Männern der gaullistischen UDR einige Sorge.

De Gaulles "Waisenkinder"

Daher der Appell des Staatsministers Roger Frey an die Gaullisten, bei den nächsten Kommunalwahlen mit allen Parteien der demokratischen Mitte und Linken Abkommen zu treffen. Anscheinend ist auch Premierminister Chaban-Delmas, im Nebenberuf immer noch Bürgermeister von Bordeaux, mit diesem Vorschlag einverstanden. Andere führende gaullistische Persönlichkeiten, wie der frühere Verteidigungsminister Messmer und der derzeitige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Fanton, sind jedoch entschieden gegen eine "Öffnung nach links". Sie befürchten eine "Verwässerung" der gaullistischen Prinzipien.

Eine Zwischenstellung nimmt Verteidigungsminister Michel Debré ein. Er erklärte sich für Wahlabkommen mit den demokratischen Mittel- und Linksparteien bei den Kommunalwahlen, jedoch nicht in den darauffolgenden Parlamentswahlen. Debré gehört ebenso wie Messmer zur alten gaullistischen Garde, er sieht jedoch ein, daß unter den gegenwärtigen Umständen taktische Zugeständnisse gemacht werden müssen.

Letzten Endes geht es nicht nur um Erfolg oder Mißerfolg bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr, sondern darüber hinaus um die gesamte innenpolitische Orientierung der "Waisenkinder de Gaulles". Die Frage lautet: Festhalten an Dogmen oder "Öffnung" zur Mitte und vielleicht bis zur demokratischen Linken?

Wie weit derlei Rechnungen ohne den Wirt gemacht werden, ist allerdings eine andere Frage. Die Öffnung des gaullistischen Lagers zur konservativen Rechten und Mitte hin erfolgte teilweise schon mit

der Bildung der Regierung Chaban-Delmas. Zum Unterschied von den letzten Regierungen des Generals de Gaulle umfaßt sie die Unabhängigen Republikaner unter Giscard d'Estaing und den rechten Flügel des Zentrums mit Jacques Duhamel. Offensichtlich sind jedoch die damit verbundenen Zugeständnisse nicht ausreichend, um den Machtanspruch der UDR abzusichern.

"Radikalisierung"

Der Widerhall im politischen Zentrum Frankreichs ist bis jetzt bescheiden; die demokratische Linke hat von vornherein abgewinkt. Wohl ist der letzte Ministerpräsident der IV. Republik, Pierre Pflimlin, christdemokratischer Bürgermeister von Straßburg, plötzlich wieder aus der Versenkung aufgetaucht, um mit seinem Parteifreund, dem Agrarminister Jacques Duhamel auf einem Kongreß des C.D. die Sammlung der demokratischen Mitte zu predigen.

Auch der vorletzte Ministerpräsident der IV. Republik, Félix Gaillard, der neben Servan-Schreiber immer noch dem Führungsstab der Freisinnig-Radikalen angehört, gab seine Zustimmung zum gaullistisch-liberalen Projekt. Fügt man noch hinzu, daß Chaban-Delmas, einst selbst aktives Mitglied der Radikalen und in den 50er Jahren Minister der Linksregierungen Mandés-France und Guy Mollet, und daß auch Edgar Faure, einst radikaler Ministerpräsident der IV. Republik und später linksliberaler Unterrichtsminister de Gaulles, ähnliche Projekte verfolgen, so gewinnt man den Eindruck, daß Figuren der IV., ja sogar der III. Republik ein Jahr nach dem dramatischen Abgang de Gaulles jetzt ihre "Wiederauferstehung" feiern.

Nutznieser dieser Entwicklung dürfte aber wohl kaum die gaullistisch-konservative Koalition sein. Ihr Versuch, Kräfte der demokratischen Mittel- und Linksparteien für sich zu gewinnen, ist offensichtlich mißlungen. Vielmehr scheint eine Linksverschiebung des liberalen Flügels der UDR im Gange zu sein. Schrittweise entfernt er sich von den ultragaullistischen Ideen. Man könnte auch von einer "Radikalisierung" im Sinne der französischen Radikalen sprechen, denen - wie gesagt - Männer wie Chaban-Delmas und Edgar Faure lange Zeit angehörten und auch heute noch nahestehen.